

Ein Kommentar

von Herrn Prof. Dr. Schwarz-Schilling, Bundesminister a.D. und ehemaliger Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina für die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Der 24. Februar 2022, ist ein schwarzer Tag für die Geschichte Europas, „eine Zeitenwende“, so wie es Kanzler Scholz genannt hat. Jetzt ist es ganz offensichtlich, dass Putin, der Diktator von Russland, sich weder um das Völkerrecht noch um die Menschenrechte kümmert. Putin möchte aus der Ukraine durch Krieg und Gewalt seinen Marionettenstaat machen.

Ob damit auch alle seine Ziele erfüllt sind, kann heute niemand sagen.

Die Gefahr besteht, dass solch eine Aggression gegen einen souveränen Staat auch andere Diktatoren bewegen könnte, Ähnliches zu versuchen. Serbien und die Republika Srpska haben ihre Ziele aus den 90ern nicht erfüllt. Sie sind auch die einzigen in Europa, die sich nicht für Sanktionen gegen Russland ausgesprochen haben. Man muss befürchten, dass sich die jetzige Kriegsaggression in der Ukraine auch auf den Westbalkan, besser gesagt auf Bosnien und Herzegowina und Kosovo, übertragen könnte.

Dennoch ist dort die Situation anders: die NATO und die EU mit EUFOR sind schon längst in Bosnien und Herzegowina verankert. Sie haben die Verpflichtung aus dem Dayton Friedensabkommen und dem Berlin Plus Abkommen, die Souveränität und territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina zu bewahren, obwohl das Land kein NATO und EU-Mitglied ist. EUFOR hat gerade dort sein Kontingent verstärkt.

Für die Westbalkanländer, die sich für die Mitgliedschaft in der EU und NATO ausgesprochen haben, sind die Vertragsverhandlungen unverzüglich aufzunehmen. So wie EU-Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, sich für den Beitritt der Ukraine in die EU ausgesprochen hat, muss auch das für Bosnien und Herzegowina gelten. Das ist eine zwingende Schlussfolgerung des Geschehens in letzten Tagen.

Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling

berlin@schwarz-schilling.de